15. Landesparteitag

2. Tagung

15. – 17. November 2019, Dresden

Arbeitsheft 4

R. Regularien
A. Leitantrag
B. Berichte
C. Sachanträge
F. Parteiinterna

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

R. Regularien
ÄR.5.1. Landesweite Zusammenschlüsse im LaVo 4

A. Leitantrag
ÄÄA.1.10.1. Änderungsantrag zu ÄA.1.10. 6
ÄA.1.11. Änderungsantrag zu A.1. 7
ÄA.1.12. Änderungsantrag zu A.1. 8
ÄA.1.13. Änderungsantrag zu A.1. 9

B. Berichte
B.8. Bericht zur Arbeit des Landesrates 11
B.9. Bericht zu den Finanzen des Landesverbandes 12

C. Sachanträge
Ä.C.9. Grundlagen für ein Handlungskonzept 15
ÄÄC.9.1. Änderungsantrag zum Änderungsantrag Ä.C.9. 22

F. Parteiinterna
ÄF.1.1. Änderungsantrag zu F.1. 24
ÄF.4.1. Änderungsantrag zu F.4. 25
ÄF.4.2. Änderungsantrag zu F.4. 26
ÄF.4.3. Änderungsantrag zu F.4. 27
ÄF.5.1. Änderungsantrag zu F.5. 28
ÄF.6.2. Änderungsantrag zu F.6. 29
ÄF.6.3. Änderungsantrag zu F.6. 30
ÄF.7.2. Änderungsantrag zu F.7. 31
ÄF.7.3. Änderungsantrag zu F.7. 32
ÄF.7.4. Änderungsantrag zu F.7. 33
ÄF.9.1. Änderungsantrag zu F.9. 34

Notizen 36

Dokumente digital

Partei -> 2. Tagung des 15. Landesparteitages
oder
http://gleft.de/3cF

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

R. Regularien an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

R.5. Vorschlag zur Zusammensetzung des Landesvorstandes in der 7. Legislaturperiode

ÄR.5.1. Änderungsantrag zu R.5.

Einreicher*innen:	Thiemo Kirmse
Unterstützer*innen:	LAG Frieden und Internationale Politik, LAG Hartz IV, LAG Betrieb & Gewerkschaft, Liebknechtkreis Sachsen, LAG Deutsch-Russische Freundschaft, Kommunistische Plattform Sachsen

Der Landesparteitag möge zwischen folgenden beiden Varianten alternativ entscheiden:

Variante A

Die Größe des Landesvorstandes der 7. Legislaturperiode wird gemäß §18 Abs. 2 der Landessatzung auf 18 Mitglieder bestimmt. Der Landesvorstand setzt sich dabei aus den nachfolgenden Mitgliedern zusammen:

a) einer/einem Landesvorsitzenden,
b) zwei gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden,
c) der/dem LandesgeschäftsführerIn,
d) der/dem LandesschatzmeisterIn,
e) der Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik,
f) der/dem jugendpolitischen SprecherIn, sowie
g) 3 weiteren Mitgliedern aus landesweiten Zusammenschlüssen
h) 8 weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes.

Variante B

Die Größe des Landesvorstandes der 7. Legislaturperiode wird gemäß §18 Abs. 2 der Landessatzung auf 18 Mitglieder bestimmt. Der Landesvorstand setzt sich dabei aus den nachfolgenden Mitgliedern zusammen:

a) zwei gleichberechtigten Landesvorsitzenden,
b) zwei gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden,
c) der/dem LandesgeschäftsführerIn,
d) der/dem LandesschatzmeisterIn,
e) der Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik,
f) der/dem jugendpolitischen SprecherIn, sowie
g) 3 weiteren Mitgliedern aus landesweiten Zusammenschlüssen.
h) 7 weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes.

Begründung:

Auf allen fünf Regionalkonferenzen wurde die Wichtigkeit der landesweiten Zusammenschlüsse (lwZ) angesprochen, auch aus dem neuen Leitantrag ergibt sich die Einbindung der LAGs. Insbesondere die Fachkompetenz und Engagement der Basis machen die Arbeit der lwZ aus. Gerade jetzt sollte sich, nach der vom Vorstand angeregten Devise „Basis ist Boss“, auch der Pluralismus, der in unserer Basis existiert, im neuen Landesvorstand wiederfinden.

Nach §18e der Landessatzung können schon jetzt Vorstandsmitglieder mit besonderen Aufgabenbereichen gewählt werden. Die Aufgabe wäre die Verbindung zu den lwZ, die Koordinierung des Wissenstransfers und die direkte Verbindung zu thematisch arbeitenden Basisgruppen außerhalb der Stadt- und Kreisstrukturen.

„§ 18 Zusammensetzung des Landesvorstandes

(1) Der Landesvorstand setzt sich zusammen aus:
a)... e) gegebenenfalls weiteren Vorstandsmitgliedern mit besonderen Aufgabenbereichen und f) weiteren Mitgliedern. (2) Die Größe und genaue Zusammensetzung des Landesvorstandes bestimmt der Landesparteitag. Sollen die Größe oder die Zusammensetzung unmittelbar vor der Wahl geändert werden, erfolgt dies in geheimer Abstimmung.“

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

A.	**Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages**
A.1.NEU	**Aufbruch 2020: Für eine kämpferische und selbstbewusste sächsische LINKE in einer Umbruchsituation des Landes**
ÄÄA.1.10.1.	**Änderungsantrag zu ÄA.1.10.**
Einreicher*in:	Thomas Kachel

Hinweis: Der Änderungsantrag bezieht sich auf die zweite Version des Leitantrags.

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Zeile 187 erfolgt eine Ergänzung

alt:

„[...] wie z.B. den Kampf für ein weltoffenes Sachsen; Bekämpfung der Armut und Prekarisierung; bezahlbares Wohnen; Bildung für alle; Stopp dem Klimawandel und Frieden in der Welt."

neu:

„[...] wie z.B. den Kampf für ein weltoffenes Sachsen; Bekämpfung der Armut und Prekarisierung; bezahlbares Wohnen; Bildung für alle; Stopp dem Klimawandel und Frieden mit Russland, in Europa, und der Welt."

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

A.	**Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages**
A.1.NEU	**Aufbruch 2020: Für eine kämpferische und selbstbewusste sächsische LINKE in einer Umbruchsituation des Landes**
ÄA.1.11.	**Änderungsantrag zu A.1.NEU**
Einreicher*in:	Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Hinweis: Der Änderungsantrag bezieht sich auf die zweite Version des Leitantrags.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Streichung der Zeilen 4-8.

Begründung:

Wir verstehen ja den Reflex, zu Beginn eines sechsseitigen Leitantrages, der die Adjektive „kämpferisch“, „selbstbewusst“ und „sächsisch“ schon im Titel trägt, gleich mit einem Kracher beginnen zu möchten. Aber einfach 2 völlig entkontextualisierte Zitate von Luxemburg und Hegel voranstellen, die auch im Verlauf der sechs Seiten weder nochmal irgendwie aufgegriffen oder auf die spezifische Situation angewandt werden, in der sich die sächsische LINKE gerade befindet? Was soll uns das bringen, außer Menschen, die sich weder mit der einen noch dem anderen bislang eingehend beschäftigt haben, zu verwirren? Ob genau diese zwei Zitate irgendeine Person, die diesen Leitantrag einmal zu Augen bekommt (und nicht Landesparteitagsdelegierte_r ist, falls solche existieren) dazu motivieren wird, sich auch die restlichen sechs Seiten zu Gemüt zu führen? Wir bezweifeln es stark und plädieren daher für deren Streichung. Nichts gegen Hegel, nichts gegen Luxemburg, aber auf derlei Zitatedropping sollten wir wirklich verzichten. In diesem Sinne:

„Von der Mehrzahl der Werke bleiben nur die Zitate übrig. Ist es dann nicht besser, von Anfang an nur die Zitate aufzuschreiben?“ Stanislaw Jerzy Lec

„Ein Zitat ist besser als ein Argument. Man kann damit in einem Streit die Oberhand gewinnen, ohne den Gegner überzeugt zu haben.“ Gabriel Laub

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

A.	**Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages**
A.1.NEU	**Aufbruch 2020: Für eine kämpferische und selbstbewusste sächsische LINKE in einer Umbruchsituation des Landes**
ÄA.1.12.	**Änderungsantrag zu A.1.NEU**
Einreicher*innen:	Dorothea Wolff, Helga Lemme, Petra Ertel, Ralf Becker, Eberhardt Holdt, Thomas Koutzky, Torsten Steidten

Hinweis: Der Änderungsantrag bezieht sich auf die zweite Version des Leitantrags.

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Zeile 220 erfolgt eine Einfügung nach "Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis":

[...]"die erneute Berufung der Kommission für Politische Bildung, [...].“

Begründung:

Die erneute Berufung der Kommission für Politische Bildung (nach meiner Kenntnis existiert die ehemalige Kommission für Politische Bildung nicht mehr) ist unerlässlich für die Aufarbeitung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere zur Klassen- und Milieustruktur der gegenwärtigen Gesellschaft, zur Transformationstheorie, zur Meinungsbildungsforschung, zum Diskussionsstand rechten und linken Populismus' und zu ähnlichen politisch relevanten Problemen der Gegenwart. Dieses Wissen soll das Verständnis für gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte vertiefen, einen Beitrag zur Entwicklung eines sozialistischen Wertebewusstseins leisten und vor politischer Resignation schützen. Die Kommission Politische Bildung sollte außerdem zur Organisation der Vermittlung dieser Erkenntnisse beitragen.
Unserer Partei gehört eine Vielzahl junger Genossinnen und Genossen an, die eine Ausbildung in Politikwissenschaft oder Soziologie abgeschlossen haben oder sich in dieser Ausbildung befinden. Sie könnten und sollten mit ihrem Wissen einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der genannten Aufgaben leisten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1.NEU Aufbruch 2020: Für eine kämpferische und selbstbewusste sächsische LINKE in einer Umbruchsituation des Landes

ÄA.1.13. Änderungsantrag zu A.1.NEU

Einreicher*innen: Dorothea Wolff, Ralf Becker, Eberhardt Holdt

---

Hinweis: Der Änderungsantrag bezieht sich auf die zweite Version des Leitantrags.

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Zeile 160 erfolgt eine Einfügung nach " Oppositionsprofil stehen muss.":

"In der Strategiedebatte sollten wir auf die dringlichen Empfehlungen des leider viel zu früh verstorbenen Michael Chrapa zurückgreifen, die er 2002 der PDS zur Überwindung ihrer damaligen Krise gab:
Entscheidend sei die strikte Hinwendung der Partei zur Realität. Dazu gehören

- die realistische Einschätzung der gesellschaftlichen, politischen und Alltagskräfteverhältnisse,
- das Verständnis, nach welchen Mechanismen Veränderungen in der Gesellschaft ablaufen,
- die Kenntnis, was die PDS tatsächlich verändern kann und was derzeit nicht.

Strategiedebatten mit dieser Aufgabenstellung, sachlich, fair und in gegenseitigem Respekt geführt, sind Grundbedingungen für die Ableitung überzeugender politischer Konzepte und Aufgaben und damit auch für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Partei."

Um den inhaltlichen Anschluss an den folgenden Text zu gewährleisten, wird in Zeile 160 ersetzt:

„Zu den Eckpunkten eines solchen Konzepts zählen“ durch

neu:
„Eckpunkte eines zu erarbeitenden politischen Konzepts müssen“

Der Text ab "Wir sollten in diesem ... " in **Zeile 230** sowie die Zeilen **231 bis 233** sind zu streichen.

Begründung:

Die Vorwürfe, dass wir uns zu viel mit uns selbst beschäftigen und uns in innerparteilichen Debatten aufreiben, sind nur berechtigt, wenn diese ohne ausreichende Sachkenntnis und in verletzender, unfairer Weise geführt werden. Die Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse über die aktuelle politische Situation und über gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse sowie Debatten über daraus

abzuleitende strategische und politische Aufgaben und Maßnahmen sind lebensnotwendig für eine Partei, die - wie DIE LINKE - für soziale Gerechtigkeit, Friedenssicherung und Umwelterhalt erfolgreich wirksam werden will.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

B. Berichte

B.8. Bericht zur Arbeit des Landesrates an die 2.Tagung des 15. Landesparteitages

Einreicher*in: Landesrat

Der Landesrat führte im Jahr 2019 seit seiner Neubesetzung für zwei Jahre fünf Beratungen durch. Dabei wurden neben den bisherigen Berichten des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion auch Berichte aus den Kreisen und Landesweiten Zusammenschlüssen als ständige Punkte in die Tagesordnung aufgenommen.
Gleich nach seiner Konstituierung im Januar hat der Landesrat gemeinsam an der Demonstration gegen das neue sächsische Polizeigesetz teilgenommen und damit klar Position bezogen. Dies wurde auch von den Veranstalter*innen positiv aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Landesrates standen dieses Jahr die Kommunal-, Europa-und Landtagswahlen, dabei wurde über Folgendes besonders diskutiert:

- Mitarbeit am Landtagswahlprogramm,
- Auswertung der Kommunalwahlen, wie können Kommunalpolitiker*innen bessereinbezogen werden bzw. wie kann man sie unterstützen,
- Kritik am Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Landtagswahlen, was zu Problemen in den ländlichen Kreisverbänden führen wird und dann auch führte,
- Kritik an der Wahl des Kernteams – thematische Aufstellung unklar, Präferierungen wurden im Ergebnis nicht ausreichend berücksichtigt, Protegierung bestimmter Kandidierender.

Nach der Kommunal- und Europawahl gab es folgenden Antrag des Landesrates:
“Der Landesvorstand wird beauftragt in Vorbereitung des Parteitags im November für den Zeitraum Anfang Oktober bis zum 16.11.2019 eine Wahlen-Auswertung für den gesamten Landesverband vorzubereiten. Das Format dieser Wahlen-Auswertung wird in Zusammenarbeit mit dem Landesrat bestimmt.” – dies wurde in dem genannten Zeitraum mit fünf Regionalkonferenzen und auf einer gemeinsamen Beratung zwischen Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand umgesetzt.
Außerdem wurde beantragt, dass der Auswertung der Landtagswahlen mit vielen Schwerpunkten ausreichend Platz auf dem LPT im November und der im Dezember stattfindenden Beratung nach §32 Absatz 2 gegeben werden sollte. Dem wurde Rechnung getragen, indem der Parteitag im November um einen Tag verlängert wurde.

Nach wie vor ist die Teilnahme an den Sitzungen des Landesrates verbesserungswürdig, die delegierenden Gremien sind aufgefordert, ihre Mandate vollständig zu besetzen und die gewählten Vertreter*innen sollten ihre Teilnahme an den Sitzungen ermöglichen, bzw. von den Möglichkeiten laut Satzung, sich vertreten zu lassen, Gebrauch machen, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.
Die Arbeits- und Tagungsbedingungen sind noch nicht optimal, z. B. sollen zukünftig Tablets für Landesratsmitglieder, die dies wünschen, die Arbeit vereinfachen.

Der Landesrat war und ist weiterhin bemüht durch sachliche und fundierte Arbeit, unter Einbeziehung der Kreisverbände und Landesweiten Zusammenschlüsse (LWZ), seine Kontroll-, Initiativ- und Konsultativfunktion wahrzunehmen.
Er wird als Schlussfolgerung aus dem desaströsen Wahlergebnis der sächsischen LINKEN zu Beginn des neuen Jahres beraten, wie er seiner Kontroll-und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand besser gerecht werden kann.

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

B. Berichte

B.9. Bericht zu den Finanzen des Landesverbandes an die 2.Tagung des 15. Landesparteitages

Einreicher*in: Landesschatzmeister

Bevor ich zum eigentlichen Bericht zu den Finanzen des Landesverbandes in den vergangenen zwei Jahren komme, möchte ich mich bei den über 1.000 Mitgliedern bedanken, die auf Grund unseres Briefes ihren Beitrag in den vergangenen 3 Wochen in Größenordnungen zwischen einem und 30€ erhöht haben. Ich bin wahnsinnig stolz auf meine Partei und ihre Mitglieder. DANKE

Der **Mitgliedsbeitrag** hat sich in den vergangenen zwei Jahren (ohne diese o.g. Erhöhung) um ca. 0,70€/Mitglied und Monat erhöht. Trotzdem unsere Mitgliedszahlen um ca. 500 Mitglieder zurückgegangen sind, ist abzusehen, dass unsere Beitragseinnahmen zum Jahresende den gleichen Wert erreichen werden wie vor zwei Jahren.

Ein großer Dank geht auch an den Großteil unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten. Die **Bundestagsabgeordneten** Katja Kipping und Michael Leutert haben ihre Verpflichtungen bisher voll erfüllt, die anderen 4 MdB kommen nach wie vor ihren Verpflichtungen, die sich aus einem Landesparteitagsbeschluss und der von allen unterzeichneten Verpflichtungen ergeben, weiterhin nicht in vollem Umfang nach. Fast alle **Landtagsabgeordneten** sind ihren Verpflichtungen, 10% der Diäten als Mandatsträgerbeitrag an den Landesverband abzuführen, bis zum Schluss nachgekommen. 24 der insgesamt 27 MdL haben diesen Betrag sogar um zusätzliche 5% erhöht. Unerfreulich ist, dass 3 Abgeordnete vorfristig aufgehört haben, ihren Mandatsträgerbeitrag zu zahlen und neun ehem. MdL nicht mehr bereit waren, ihren Mandatsträgerbeitrag für Oktober zu zahlen, obwohl sie alle im Oktober nochmal eine volle Diät und Aufwandspauschale vom Landtag erhalten haben (siehe angehangene Tabelle).

Die Einnahmen aus staatlichen Mitteln und die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen durch die Halbierung der Abgeordnetenzahl werden im kommenden Jahr Mindereinnahmen in Höhe von ca. 180.000€ bringen, die es auszugleichen gilt

Durch Zuschüsse der Bundespartei konnten unsere **Personalkosten** trotz verdienter Lohnsteigerungen in Grenzen gehalten werden. Hier besteht jedoch in den kommenden Jahren die Notwendigkeit einer weiteren Umstrukturierung. Geringere Einnahmen werden, wenn die Kreisverbände hier nicht helfend eingreifen, auch auf Landesebene zu weniger Ausgaben führen müssen.

Durch das Wahljahr 2019 wurden bei der **politischen Arbeit** Ressourcen eingespart. Hier muss in Zukunft wieder das Hauptaugenmerk liegen. Die Ausgaben für Politische Arbeit wurden von Jahr zu Jahr geringfügig erhöht. Dieser Anstieg wird in den Folgejahren insbesondere wischen den Wahljahren wesentlich zu verstärken sein. Die **Ausgaben für Geschäftsbetrieb** müssen in Zukunft weiter optimiert werden. Eine leichte Erhöhung in den vergangenen insbesondere bei den technischen Ressourcen bildet die Grundlage dafür, dass wir hier in den kommenden Jahren weiter Kosten einsparen können. Eigener Server oder Computer auf aktuellem technischem Niveau sind ein Ausdruck dessen.

Nach jetziger Einschätzung wurde das Budget für die **Wahlkämpfe** 2019 nicht voll ausgeschöpft. Die Einsparungen hier kommen uns in den kommenden Jahren zugute.

Wir konnten in den vergangenen zwei Jahren unsere **finanziellen Reserven** (außer der Wahlkampfrücklage) dank strikter Ausgabenkontrolle weiter erhöhen und haben so die Grundlage für die weitere politische Arbeit der kommenden Jahre gelegt – und das trotz fehlender Einnahmen. ABER: Langfristig gesehen, müssen weiter Kosten gespart und Einnahmen erhöht werden.

Seite 13 aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht online verfügbar.

Seite 14 aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht online verfügbar.

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

ÄC.9. Ersetzungsantrag zu den Anträgen C.2., C.3., C.4., C.5., C.6., C.7. und ÄA.1.6. (unter Verwendung von Vorschlägen aus A.1.)

Einreicher*innen: Stefan Hartmann, Susanne Schaper, Janina Pfau, Thomas Dudzak, Kathrin Kagelmann, Alexander Weiß

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der folgende Antrag ersetzt die Anträge C.2., C.3., C.4., C.5., C.6., C.7. und ÄA.1.6.

Vorbemerkung (und Begründung)

*Seit der Wahlniederlage am 1. September wurde auf mehreren Regionalkonferenzen, in Ortsverbänden und Zusammenschlüssen nicht nur über deren Ursachen diskutiert, sondern ebenso wurden zahlreiche Ideen und Vorschläge für die weitere Arbeit unterbreitet. Viele davon liegen den Delegierten des Parteitags in der Form von Änderungsanträgen und Sachanträgen vor. Wir haben uns in diesem Änderungsantrag weitest gehend an die vorgelegten Formulierungen gehalten, haben geordnet und zusammengefasst, wo es sinnvoll erscheint. Dabei haben wir an den entsprechenden Stellen auch mehrere Anträge mit gleichem oder überlappendem Inhalt aufgeführt, da dies für die Arbeit nicht hinderlich, für die Antragsteller*innen jedoch ggf. wichtig ist.*

*Mit dem hier vorliegenden Antrag schlagen wir vor, all diese Ideen zum Handlungsrahmen der vor uns liegenden Zeit zu machen. Die Erneuerung der Partei fängt mit dem Landesparteitag erst an. Daher können diese Grundlagen für einen Handlungsrahmen im gemeinsamen Prozess des Landesverbandes erweitert und präzisiert werden, Terminfindungen müssen aufeinander und auf die Bedürfnisse unserer politischen Partner*innen hin abgestimmt werden.*

*Wir müssen im Umgang miteinander, entstandenen Erwartungshaltungen bzw. angenommenen Selbstverständlichkeiten auch hier neue Wege gehen und an unserem solidarischen Miteinander konkret arbeiten. Nicht der Landesvorstand allein kann und wird all die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen. Sondern alle Antragsteller*innen sind nicht nur eingeladen, sondern aufgefordert, an ihren Ideen aktiv mitzuwirken. Hier kann auch gern Eigeninitiative von Antragsteller*innen und Landesweiten Zusammenschlüssen in der Form gezeigt werden, dass sich konzeptionell zur Umsetzung Gedanken gemacht werden und die Idee, des jeweiligen Beschlusses konkretisiert wird.*

*Ein gefasster Beschluss zeigt noch keine Wirkung, sondern die Umsetzung von Ideen. Wenn wir uns als Mitgliederpartei verstehen, kann es keine Beschlussfassung als Direktive an ein Gremium geben, vielmehr müssen alle Akteur*innen am Gelingen mitwirken. In diesem Sinne wird sich der Landesvorstand mit den Antragsteller*innen treffen, um die Erwartungshaltung an die Beschlüsse zu beraten und gemeinschaftlich über die Umsetzung des Beschlusses auf den Weg zu bringen.*

*Der Landesvorstand ist kein beschlussabarbeitendes Gremium, sondern das Führungsgremium des Landesverbandes. Das braucht Raum. Genauso wichtig ist, dass Basis, Landesweite Zusammenschlüsse, Genoss*innen initiativ sind, konkret an Punkten mitarbeiten, Gewolltes mit Leben füllen. So wollen wir die Arbeit auch strukturieren.*

Dem nächsten Landesparteitag wird eine Übersicht des Standes der Abarbeitung der Beschlusslagen vorgelegt, so dass zum einen transparent wird, was mit Projekten und Ideen geworden ist, woran es möglicherweise hakt und auch der Landesparteitag selbst sich und den Landesvorstand kritisch hinterfragen kann.

Das macht auch notwendig, eingeübte Strukturen und Aufgaben zwischen Kreis- und Landesebene, wie auch an der Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamtlichkeit kritisch zu evaluieren und, wo notwendig, neu auszuhandeln und zu bestimmen. Welche Aufgaben sind wesentlich für eine politische Partei? Welchen wollen wir uns künftig in welcher Form zuwenden? Welche insbesondere administrativen

Aufgaben können wir so optimieren, damit Raum für politische Arbeit entsteht? Dazu gehört eine ehrliche Aufgabenkritik, eine Unterstützung der Kreisverbände bei der Vermittlung administrativen und organisatorischen Wissens für die Erfüllung organisationspolitischer Aufgaben und die aktive Teilnahme des Landesverbandes bei möglichen Kompetenzbündelungen in der Partei.

Bis zur Bundestagswahl (so diese planmäßig 2021 stattfindet) haben wir die Aufgabe, erste praktische Ergebnisse vorzuweisen, um unseren sächsischen Beitrag für ein möglichst gutes Wahlergebnis zu leisten.

Grundlagen für ein Handlungskonzept der sächsischen LINKEN
(Quelle: ÄA 1.6.)

1. Kolloquium – was ist 2019 in Sachsen passiert, wo war die LINKE? Und wo steht die Linke?

Es muss eine genaue Analyse der Gesamtsituation und Entwicklungen in Sachsen stattfinden.

Wollen wir Oppositions- oder Regierungspartei sein? Können wir Widersprüche aushalten? Können wir glaubhaft vermitteln, dass wir fähig sind Verantwortung zu übernehmen (Thüringen) und gleichzeitig Oppositionspolitik (Sachsen) betreiben können? Können wir uns für Betroffene von Hartz 4 einsetzen und ebenso aushalten, dieses System nicht abschaffen zu können? Dafür aber auf lokaler Ebene in den Kommunen sehr wohl Gestaltungspotenzial haben bzw. Verantwortung übernehmen? (Mitte-Links-Kooperationen; Bürgermeister*innen) Wie bringen wir glaubhaft zusammen, dass wir in Parlamenten sitzen, parlamentarische Initiativen vorantreiben und dennoch Proteste vorm Landtag anmelden und zusammen mit außerparlamentarischen Bündnissen Kohlegebiete besetzen? Was ist unser Gebrauchswert als DIE LINKE in Sachsen und welche Idee von einem solidarischen Sachsen haben wir?

Gemeinsam mit Mitgliedern, den Landtagsabgeordneten, Politolog*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, wollen wir über das Jahr 2019 reflektieren und fragen: Was waren/sind die Herausforderungen für DIE LINKE und wo steht diese? Und was ist zu tun, um die gesellschaftliche Linke voranzubringen?

Arbeitsauftrag:

Der Landesvorstand wird beauftragt, bis Ende Januar einen Vorschlag für ein erstes Kolloquium zu machen, welches im Februar/März/April stattfinden soll. Es wird live übertragen, um eine breite Beteiligung an der Debatte zu ermöglichen. Er berücksichtigt Vorschläge aus der Mitgliedschaft für Inputgeber*innen und stellt eine umfassende Dokumentation sicher.
In Vorbereitung und zur Auswertung des Kolloquiums sowie der Strategiekonferenz der Bundespartei richtet der Landesvorstand eine Grundsatzkommission ein. Diese soll dauerhaft die Arbeit des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen begleiten.

Themensetzung und Meinungsbildung

Wie schaffen wir Orte und Räume für kritische und konstruktive Auseinandersetzung und wie können wir politische Debatten gestalten? Welche Themen wollen wir setzen, wie entwickeln wir gemeinsame Utopien und Ideen eines solidarischen Zusammenlebens? Dazu gehören auch die Entwicklung stärkerer Beteiligungsprozesse, die Einbindung neuer Mitglieder und ein wertschätzender und produktiver Austausch unterschiedlicher Erfahrungen innerhalb unserer Partei. Die Einbeziehung feministischer Perspektiven ist dafür genauso unabdingbar wie eine Reflexion bestehender Praxis.

Fragen, die sich bisher stellen:

- Wie und wo finden innerparteiliche Auseinandersetzungen statt – muss es mehr Orte für Debatten geben, die nicht in Form von Anträgen auf dem LPT enden?
- Wie viel Kompromissbereitschaft zeigen wir und wo ist es gut, an seinen Ansichten festzuhalten?

- Wer kann überhaupt mitreden und wer nicht? (Stichwort zu wenig weiblichen Strukturen, Ehrenamts-Doppelbelastung und familienunfreundliche Sitzungszeiten etc.)
- Welche Themen setzen wir? Fokussieren wir überhaupt? Und wenn ja, auf was? Ist das überhaupt sinnvoll?
- Wie machen wir unterschiedliche Ansprachen deutlich, verbunden mit dem Anspruch für ein „Gutes Leben für Alle“?
- Was ist denn unsere Idee von gesellschaftlichem Zusammenleben?
- Brauchen wir mehr Utopien? Wie fügt sich das dann aber ein, in tatsächliche (notwendige) „Realpolitik“ vor Ort? Müssen wir radikaler werden? Oder viel näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort? Schließt sich das aus?
- Was heißt für uns demokratischer Sozialismus?
- Welche Rolle spielt die Fraktion? Was erwarten wir vom Parlamentarismus und wo sehen wir Grenzen? Wie denken wir Partei und Fraktion (stärker) zusammen? Wie können wir sowohl Proteste und Bewegung von außen stärken und wann und in welcher Weise müssen wir diese ins Parlament zu führen?
- Würde eine Kontaktstelle soziale Bewegung ähnlich wie die der Bundestagsfraktion Sinn machen? Was müsste/kann diese leisten?
- Wie kann die Partei ihre personellen wie finanziellen Ressourcen nutzen, um zivilgesellschaftliche Bewegungen (z.B. Fridays for Future) in Sachsen zu stärken?
- was bedeutet es, Partei der sozial-ökologischen Transformation zu sein? Wie können wir ein Projekt des politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs sein und Erfolgs- und Veränderungsperspektiven jenseits des Parlaments entwickeln und vermitteln?
- Wie verankern wir linke Ansätze in der Gesellschaft und bei uns selbst? Wie formulieren/begründen wir unsere Ideen/Themen?

(Quelle: A1)

2. Mitgliederbeteiligung, Kommunikation nach innen und außen, Debattenkultur

Wir wollen:

- Das Instrument des Mitgliederentscheides zur Einbindung der gesamten Mitgliedschaft bei Abstimmungen und Wahlen verstärkt nutzen.
- Auf Bundesebene mit dazu beitragen, dass Mitgliederentscheide endlich online möglich sein.
- Gemeinsam darauf achten, dass die Debatten- und Streitkultur in unserem Landesverband sich derart gestaltet, dass sie zur Beteiligung motiviert und auch verlorene Abstimmungen kein Kainsmal bei den Unterlegenen hinterlassen.

(Quelle: C 6)

Der Landesvorstand wird beauftragt, ein Kommunikationskonzept für das öffentliche Wirken von Landespartei, parlamentarischen und kommunalen Vertretungen in Zusammenarbeit mit diesen zu erstellen.

Hierbei sollen insbesondere folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

- Wie kann die Öffentlichkeitsarbeit so gestaltet werden, dass sie in den verschiedenen Medien auf aktuelle Situationen reagiert und gleichzeitig über die Arbeit der LINKEN und deren Initiativen verständlich berichtet?
- Welche Konzepte sind möglich und realistisch, um die Linke im öffentlichen Leben wieder sichtbarer und erlebbarer werden zu lassen?
- Wie bekommen wir es hin, dass wir wieder verstärkt Ansprechpartner für die Menschen für ihre Anliegen und Sorgen sind und somit die Themen „auf der Straße“ aufnehmen können?
- Wie kann das Wirken der parlamentarischen und kommunalen Vertretungen so öffentlich gemacht werden, dass der Gebrauchswert unserer Partei für den Menschen wieder deutlicher in den Vordergrund gestellt wird?

- Sind unsere Veröffentlichungen, insbesondere Druckerzeugnisse noch zeitgemäß und ansprechend; werden diese überhaupt noch gelesen und welche Reichweite bzw. Wirkung erzielen wir damit oder gibt es modernere kürzere Möglichkeiten?
- Wie kriegen wir es hin, dass die Menschen, die wir vertreten, wieder merken, dass wir uns um sie und ihre Anliegen bemühen?

Die Landtagsfraktion wird gebeten, ihr öffentliches Wirken gleichfalls einer Überprüfung zu unterziehen und dieses aktueller, informativer und ansprechender zu gestalten.

Daher wollen wir:
(Quelle: A 1)

- Konkrete Schritte unternehmen, um zu prüfen, wie bisheriger Aufwand für Printpublikationen gegebenenfalls besser in eine professionellen, digitalen Netzauftritt über die Website des Landesverbandes hinaus eingesetzt werden kann.
- Die Messengerkommunikation im Landesverband stärken und strukturieren.
- Verstärkt das künstlerische und kreative Potenzial in unserer Partei aber auch im zivilgesellschaftlichen Umfeld aktivieren, um unkonventionell und mit einer „Ästhetik des Widerstandes“ im öffentlichen Raum zu wirken.

- Gemeinsam darauf achten, in unseren Publikationen und Redebeiträgen eine Sprache zu verwenden, die unabhängig von Alter und Bildungsweg verstanden werden kann.
- Eine Handreichung entwickeln, die für Amts- und Mandatsträger*innen Vorschläge unterbreitet, wie eine solche Sprache aussehen kann.

- Zentrale Punkte unseres Programms und aktueller Vorschläge für alle Genossinnen und Genossen einfach zusammenfassen und erklären, so dass es allen leichter fällt, unsere Positionen nach außen zu tragen.
- Überlegen, ob und wie wir thematische landesweite Touren auch außerhalb der Wahlkampfzeiten anbieten und durchführen können, um Präsenz vor Ort und eine eigene Themensetzung zu stärken.

(Quelle: C 4)

Der Landesvorstand wird beauftragt, Gedenktage und zu ehrende historische Persönlichkeiten zu benennen, denen sachsenweit – im Einzelfall auch über die Grenzen des Freistaates hinaus – an historischen Orten mit Unterstützung des Landesverbandes gedacht werden sollte. Dies ist jährlich in Zusammenarbeit mit den untergeordneten Parteistrukturen anzupassen, zu unterstützen und, wenn notwendig, zu koordinieren. Den Kreis- und Stadtverbänden sind diese Ereignisse im Vorjahr mitzuteilen.

3. Politische Bildung

(Quelle: C3 und C7) Der Landesvorstand wird beauftragt, schnell und konsequent sowie zielführend Maßnahmen zu erarbeiten und zu beschließen, die geeignet sind, die politische Bildung in der Partei DIE LINKE in besserer Qualität als bisher zu organisieren und diese in allen Stadt- und Kreisverbänden zu gewährleisten.

Umsetzungsvorschläge:

- Es sollen zwei zentrale Bildungswochenenden (Sommerakademie, Herbstakademie des Jugendverbandes) im Jahr stattfinden. Diese sollen vom Landesvorstand bzw. dem Beauftragtenrat der LJ Sachsen organisiert werden und auf Basisorganisationsebene beworben werden

◦ Die inhaltliche Ausrichtung der Bildungswochenenden erfolgt in Absprache mit dem Bereich politische Bildung des Bundesverbandes unserer Partei, dem KFS und der RLS Sachsen. Ein genereller Schwerpunkt sollten aber die o.g. Schlüsselqualifikationen darstellen.

- Die Wiederaufnahme des Mentoring-Programms. Dieses kann nur in Kooperation mit den Kreisen und Fraktionen auf verschiedenen Ebenen erfolgen und ist eine Daueraufgabe. Ziel soll die Befähigung von engagierten Genoss*innen und uns nahestehenden Multiplikator*innen vor Ort sein, neue und nachhaltige Strukturen aufzubauen und in die Gesellschaft vor Ort hinein wirken zu können.
  Als Grundlage sollen die „Ergebnisse Sondierungsgespräch Mentoringprogramm am 04.07.2018 dienen. Angesichts der „Stärke der Städte und der Schwäche der Landkreise“ sollen die LK bevorzugt Mentees vorschlagen dürfen.

- Die Institutionalisierung der Rückkopplung von kommunalen Mandatsträger*innen und der Landespartei.
  ◦ hierin soll insbesondere eine Vernetzung und ein Austausch von kommunalen Mandatsträger*innen unserer Partei gefordert werden
  ◦ diese Arbeit sollte durch eine Art Kontaktstelle, mindestens aber einen gemeinsamen Informationsverteiler zu kommunalpolitischen Initiativen und konzertierten Antragen unterstützt werden
  ◦ durch die Bündelung zentraler Anträge soll unser kommunalpolitischer Handlungspielraum ausgeweitet werden, um wichtige landespolitische Forderungen auf die kommunale Ebene zu übersetzen und so in die Kreise und Kommunen zu tragen
- Verpflichtende Weiterbildungen für Mitarbeiter*innenstruktur der Abgeordneten
- möglichst verpflichtende Weiterbildungen für Ehrenamtliche Parteistrukturen (z.B. Schatzmeister*innen, Geschäftsführer*innen,...)

Zur inhaltlich-politischen Arbeit in den Kreisen soll ein Referent*innenpool aufgebaut werden, um es den Gliederungen unserer Partei zu ermöglichen, ohne großen Aufwand öffentliche inhaltliche Veranstaltungen durchzuführen. Diese sollen nach Möglichkeit für die Kreise kostenfrei sein. Die durch den Landesverband angebotenen Themen sollen durch eine Bedarfsabfrage seitens des LV an die Kreise ermittelt werden.
Auch für die Umsetzung braucht es neue Partner*innen: bestehende (externe) Räume sollen aufgesucht werden und neue (vorpolitische) Räume erschlossen werden.

Feste Bausteine könnten vom Landesverband unter Einbeziehung dazu inhaltlich arbeitender landesweiter Zusammenschlusse vorgeschrieben werden, bzw. sich aus den von der Fraktion gesetzten Schwerpunkten ergeben, z.B.:

- Aktuelle Debatten Antifaschismus
- Sozialpolitik Stadt/Land/Bund
- Klimawandel und Migration
- Strukturwandel

Ziel dieser Angebote soll sein, Sprechfähigkeit zu den Themen bei unseren aktiven Genoss*innen herzustellen.

Hierfür gilt es, einige notwendige **Grundlagen** zu schaffen:

<u>Recherchen:</u>

- Linke/Alternative Vereine in Sachsen
  ◦ Arbeitsschwerpunkte
  ◦ Ansprechpartner*innen
  ◦ Unterstützungsbedarfe

▪ → Ziel „einen Fuß in die Tür bekommen“, als Partner*in wahrgenommen werden
▪ Erleichterung: Die Faschos von der AfD stellen systematisch Anfragen zu diesen Strukturen, lassen wir sie für uns arbeiten!

- Institutionen/Strukturen in Sachsen, für die wir eine Partnerin werden können/mit denen wir bestehende Partnerschaften festigen können
  - DGB und Einzelgewerkschaften sowie deren Ortsgruppen
  - Kirchen (vermehrt auf lokaler Ebene, Landeskirchen scheinen ein derzeit zu dickes Brett zu sein)
  - Partner*innen bei Grünen und SPD auf lokaler Ebene, hier wird die Regierungsbeteiligung in den nächsten 5 Jahren mit Sicherheit Unzufriedenheit hervorbringen
  - Umweltverbände
  - Sozialverbände
  - Migrant*innenorganisationen
  - Bildungsträger
  - Stiftungen
  - Kulturvereine

- potentielle Multiplikator*innen vor Ort
- alternative Wohnprojekte
- nicht-kommerzielle Räume

4. Kommunalpolitik
(Quelle: C 2)

A) Der neu gewählte Landesvorstand führt die Arbeitsgruppe „Kommunalwahlen“ unter dem Namen „Kommunalpolitik“ weiter. Dieser sollen neben Mitgliedern des Landesvorstandes auch weitere Parteimitglieder angehören.

B) Diese Arbeitsgruppe wird für das 1. Halbjahr 2020 einen Kommunalkongress für die LINKEN Kommunalpolitiker*innen in Sachsen zur Vernetzung und Weiterbildung organisieren.

C) Gemeinsam mit der Landtagsfraktion, insbesondere dem/der Verantwortlichen für Kommunalpolitik, wird die Arbeitsgruppe ein Konzept erstellen, wie von Landesebene die Kommunalpolitiker*innen vor Ort inhaltlich besser unterstützt werden können. Dieses Konzept wird auf dem Landesparteitag im Herbst 2020 vorgestellt.

D) Die Arbeitsgruppe wird für die in den nächsten Jahren anstehenden (Ober)Bürgermeister*innen- und Landratswahlen den Kreisverbänden inhaltlich unterstützend zur Seite stehen.

5. Arbeit der Zusammenschlüsse (C 5)

DIE LINKE. Sachsen ist eine plurale Partei. Dies drückt sich insbesondere in der Verschiedenheit ihrer Mitgliedschaft, deren Lebenserfahrungen und Lebensplanungen sowie deren unterschiedlichen Interessen aus. Dieses Potential muss zukünftig stärker in die politische Arbeit eigebunden werden. Insbesondere die landesweiten Zusammenschlüsse können einerseits mit ihren Fachkompetenzen die inhaltliche Arbeit der Landespartei als auch die parlamentarische Arbeit der Fraktion bereichern, wenn dies gewünscht wird. Andererseits können die landesweiten Zusammenschlüsse durch stärkeres Wirken und Werben für Sympathisant*innen eine Gastmitgliedschaft wieder bekannter und attraktiver machen.

Die landesweiten Zusammenschlüsse werden gebeten, sich in die dringend zu führende inhaltlich programmatische Diskussion in der Partei einzubringen und hierzu einmal jährlich ein gemeinsames Vorhaben zu organisieren, welches sich mit gesellschaftlichen und parteilichen Fragen beschäftigt (z.B. „Was ist unsere Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus“ oder z.B. im Jahr 2020 mit „30 Jahre Einheit – Erfahrungen und Hoffnungen“). Dies sollte nicht nur für inhaltliche Fragen produktiv sein, sondern auch das Verständnis untereinander befördern.

Begründung:

(siehe Vorbemerkung)

Die notwendige Erneuerung der Arbeit unserer Partei wird nur gelingen, wenn sie zur Angelegenheit aller Mitglieder gemacht wird, die sich daran beteiligen wollen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

ÄÄC.9.1. Änderungsantrag zum Änderungsantrag AC.9.

Einreicher*innen: Stefan Hartmann, Susanne Schaper, Janina Pfau, Thomas Dudzak, Kathrin Kagelmann, Alexander Weiß

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der folgende Absatz wird eingefügt zwischen den Abschnitten „Fragen, die sich bisher stellen“ und „2. Mitgliederbeteiligung, Kommunikation nach innen und außen, Debattenkultur“.

Erste Umsetzung:

Der Landesvorstand trifft sich zweimal im Jahr mit einem von ihm einzuberufenden Beirat aus Fraktionsmitgliedern/-Mitarbeiter*innen, Akteuren der Zivilgesellschaft, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen, interessierten Mitglieder*innen. Dabei sollen Fragen unter dem Komplex "Themensetzung und Meinungsbildung" fortlaufend betrachtet und beantwortet werden.

Weitere Fragestellungen:

Strukturen, Gremien, Aktiv sein
Es braucht, neben einer Auseinandersetzung über inhaltliche Fragestellungen, eine umfassende, konstruktive und vor allem aber ehrliche Strukturdebatte. Wir müssen den Anspruch formulieren, alles auf den Prüfstand zu stellen. Besonders müssen wir über Wirkmächtigkeit unserer Strukturen sprechen. Wir können Politik faktisch nicht wie bisher betreiben - schon allein aus finanziellen Gründen.
Ressourcen vs. Effekte in Gremien
- Wie viele Sitzungen leisten wir ab (Sitzungssozialismus), wie viele Ressourcen (Zeit, Geld und Energie) kosten Gremiensitzungen und wie brauchbar sind die Resultate?
- Wie können wir bestehende Strukturen verändern? Wie sollen sie zukünftig aussehen?
- Wie können Informationen übertragen, sinnvoll in die politische Praxis eingebunden und kontinuierlich weitergeführt werden? (LAG Konzepte, Think-Tanks, die dann wo einfließen?)
- Wie kann Mitglieder*innenarbeit 2.0 aussehen? Wie binden wir Menschen ein? Wie fluide ist das Ganze? Müssen wir Formen einer Mitgliedschaft grundsätzlich neu denken?
- Wo können außerhalb von Gremien überhaupt Orte für Debatten entstehen und wie kann eine Implementierung in bestehende Strukturen aussehen? Wie findet ein effektiver Austausch außerhalb von Parteitagen statt?
- Wie können Kreisverbände sich gegenseitig unterstützen? (Stichwort: Partnerschaften und solidarische politische Praxis)
- Viele Kreisverbände beklagen, kaum noch Informationen zu erhalten und an Prozessen nicht beteiligt zu werden? Wie verbessern wir diese Situation?

Zwischen den Stühlen - Stadt – Land – alt – Jung – weiblich?
- Wir haben ein starkes innerparteiliches Gefälle zwischen gut aufgestellten Stadtverbänden und wegbrechenden Strukturen in Kreisverbänden. Welche Lösungen können zu einem sinnvollen Ausgleich führen?
- Junge Menschen haben es nach wie vor schwer, in bestehende Strukturen integriert zu werden. Wie kann eine bessere Zusammenarbeit der Generationen aussehen? Wie kann Verantwortung geteilt und schrittweise übergeben werden?

- Es sind immer noch mehr Männer als Frauen Frauen aktiv, Welche Auswirkungen hat das auf unseren politischen Anspruch und auf unsere Praxis? Wie können die bestehenden, stark männlich geprägten Strukturen überwunden werden, damit Frauen bessere und fairere Bedingungen vorfinden?
- Wir haben ein grundsätzliches Nachwuchsproblem. Wie muss sich unsere Partei reformieren, um mehr Menschen für die politische Arbeit in einer Partei zu begeistern?
- Was hindert Mitglieder am aktiv sein? Wie sehen lebendige Basisorganisationen aus? Wie stärken wir die Partei von unten?

Wie können „Solidarische Räume“ mit Blick auf politische Präsenz im Land aussehen?
- Wie funktionieren unsere Geschäftsstellen?
- Können mobile Büros funktionieren und wie können wir offene Bürostrukturen in ländliche Räume übertragen? Warum nicht Büros gemeinsam mit Vereinen anmieten? Wie können wir Orte der Begegnung schaffen, die mehr sind nur Orte der notwendigen Verwaltungsarbeit oder als Plakatelager dienen?
- Wie kreisübergreifende Solidarität herstellen durch z.B. gemeinsam getragene mobile Wahlkreisbüros?
- Wenn wir neue Sachen ausprobieren, müssen wir diese in ein bis zwei Jahren evaluieren und Prozesse langfristig begleiten.

Arbeitsauftrag:

Der Landesvorstand erarbeitet mit interessierten Mitgliedern ein Konzept für Ideen-Werkstätten zu:
· Themensetzung und Meinungsbildung
· Ressourcen vs. Effekte in Gremien
· Zwischen den Stühlen - Stadt – Land – alt – Jung – weiblich?
· Wie können „Solidarische Räume“ mit Blick auf politische Präsenz im Land aussehen?

Jede diese Werkstätten findet mindestens einmal an wechselnden Orten statt. Der Landesvorstand stellt eine Dokumentation und Evaluierung sicher.

Begründung:

Absatz wurde bei Übernahme aus anderem Dokument nicht eingefügt und soll daher nachträglich in den Antrag übernommen werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.1. Reduzierung der Anzahl der Delegierten für Landesparteitage

ÄF.1.1 Änderungsantrag zu F.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänze am Ende des neuen § 15 Abs. 1 folgenden Satz:

„Die Mandate auf Landesparteitagen und Landesvertreter*innenversammlung sind zu mindestens 75 % Genoss*innen vorbehalten, die keine hauptamtliche Tätigkeit in der Partei DIE LINKE, bei einer Fraktion der Partei DIE LINKE oder bei einem/einer Parlamentarier*in ausüben bzw. selbst ein Mandat in Landtag, Bundestag oder Europaparlament innehaben."

Begründung:

Ja, wir müssen Geld sparen. Ja, der Antrag F.1 würde zweifelsohne zu Einsparungen führen. Wir fragen uns nur: Tut er das an der richtigen Stelle? Würde eine Verkleinerung des Landesparteitages nicht auch dazu führen, dass etwa neuere Genoss*innen es noch schwerer hätten, Teil einer Delegation zu werden und dass die dann noch härter umkämpften Plätze zu einem noch größeren Anteil von Parlamentarier*innen und Funktionär*innen besetzt werden würden? Wir jedenfalls befürchten das und glauben, dass dies unserer Partei nicht gut tun würde.

Der Antrag F.4 ist bei unserer Delegationsberatung auf große Zustimmung gestoßen und wir möchten die Gelegenheit nutzen, in einem ersten Schritt zumindest für LPT und LVV die „soll-" zu einer „muss" - Bestimmung umzuwandeln, damit ihr bei künftigen Kreis-/Stadtpartei- und Landesjugendtagen auch die nötige Beachtung zuteil wird. Mit dieser Änderung würde der Antrag F1 für uns zustimmungsfähig werden, im Falle der Ablehnung schätzen wir derzeit die Gefahren einer Verkleinerung für die innerparteiliche Demokratie und den Pluralismus wichtiger ein als das Einsparpotential.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.4. „Der Basis ihre Stimme“

ÄF.4.1. Änderungsantrag zu F.4.

Einreicher*in: linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es erfolgt eine Einfügung hinter „in der Partei“:

„oder einer Stadtrats-, Kreistags bzw. der Landtags- und Bundestagsfraktion“

Begründung:

Die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der Linksfraktionen reihen sich unserer Ansicht nach in diesem Zusammenhang in die Riege der Parteiangestellten, Parlamentarier*innen sowie deren Mitarbeiter*innen ein und sollten daher der Vollständigkeit halber ergänzt werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.4. „Der Basis ihre Stimme“

ÄF.4.2. Änderungsantrag zu F.4.

Einreicher*in: linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Füge hinter „Mandatsträger“ ein: „hauptamtlich“.

Begründung:

Die Eingrenzung auf hauptamtlich für die Partei tätige Personen erachten wir als sinnvoll und möchten sie daher konkretisiert auch auf die Beschäftigten der Parlamentarier*innen anwenden, damit nicht etwa studentische Mitarbeiter*innen auf 450,- €-Basis unter diese Regelung fallen (und wir der sind, dass zwischen dieser Form der Anstellung und einer hauptamtlichen Tätigkeit ein Qualitätsunterschied liegt, der Berücksichtigung finden sollte).

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.4. „Der Basis ihre Stimme“

ÄF.4.3. Änderungsantrag zu F.4.

Einreicher*in: Thomas Kachel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Antrag F.4 wird der Prozentsatz '75%' durch den Ausdruck '50% + 1 Delegierte/r' ersetzt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.5. Zusammenstellung von Daten zur Zusammensetzung von Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen

ÄF.5.1. Änderungsantrag zu F.5.

Einreicher*innen: Steffen Klötzer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es findet eine Ersetzung statt.

Text alt:

„Ab der nächsten Tagung des Landesparteitages werden für alle Tagungen des Landesparteitages und für alle Landesvertreterversammlungen von DIE LINKE. Sachsen durch die Landesgeschäftsstelle folgende Daten zur Zusammensetzung der Landesparteitage bzw. Landesvertreterversammlungen ermittelt und den Delegierten bzw. Vertreter/innen zur Kenntnis gegeben:

1. Anzahl der Stimmberechtigten, die Abgeordnete des EU-Parlaments, des Bundestages oder des Landtages sind;
2. Anzahl der Stimmberechtigten, die als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter einer/s Abgeordneten der LINKEN auf EU-, Bundes- oder Landesebene beschäftigt sind;
3. Anzahl der Stimmberechtigten, die als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter einer Fraktion der LINKEN auf kommunaler Ebene beschäftigt sind und
4. Anzahl der Stimmberechtigten, die als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der LINKEN Sachsen oder einer ihrer Gliederungen beschäftigt sind sowie
5. Gesamtzahl der Stimmberechtigten, auf die mindestens einer der Punkte 2. bis 4. zutrifft.“

Text neu:

„Der Landesvorstand wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja wie die Erfassung beruflicher Tätigkeiten der Mitgliedschaft des Landesverbandes möglich ist. Die gesetzlichen Vorschriften und technischen Möglichkeiten sind zu beachten.
Das Ergebnis ist der 3. Tagung des Landesparteitages vorzulegen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.6. Mandatszeitbegrenzung

ÄF.6.2. Änderungsantrag zu F.6.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge folgende Änderung in Antrag F.6. beschließen:

Ergänze hinter „Parteiamt“: „(meint: Landesvorsitzende_r sowie Stellvertreter_innen, Landesgeschäftsführer_in, Landesschatzmeister_in, Landesvorstand, Landesrat, Landesschiedskommission, Ombudsperson, Kreisvorsitzende_r, Stadtvorsitzende_r, Ortsvorsitzende_r)“

Begründung:

Auch wenn wir für die Begründung des Antrags F.6 vermutlich nicht die gleichen Worte gewählt hätten wie die Genoss_innen der KPF, finden wir das Anliegen unterstützenswert. Allerdings glauben wir, dass der Begriff des Parteiamts einer Konkretisierung bedarf, die wir versuchen mit diesem Änderungsantrag vorzunehmen. Bewusst ausgenommen haben wir die Schatzmeister_innen in den Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden sowie die Finanzrevisionskommission, da es sich dabei nicht um politische Ämter handelt und wir um die Schwierigkeiten wissen, hierfür gewillte und geeignete Personen zu finden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.6. Mandatszeitbegrenzung

ÄF.6.3. Änderungsantrag zu F.6.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge folgende Änderung in Antrag F.6. beschließen:

Ergänze hinter „acht Jahre“: „am Stück“

Begründung:

Eine unserer Meinung nach sinnvolle Konkretisierung.
Nehmen wir an, die Genossin X aus dem Ortsverband Y ist dort mit 26 Jahren Vorsitzende geworden, hat, wie im Antrag intendiert, im Laufe der Amtszeit eine Nachfolge aufgebaut und gibt es schließlich nach spätestens acht Jahren ab. Drehen wir die Uhr nun 20 Jahre vor, so sollte man nunmehr der immer noch im Ortsverband Y aktiven Genossin X nicht die Chance nehmen, erneut für den Ortsvorsitz zu kandidieren, nur weil sie dieses Amt zwei Jahrzehnte zuvor schon bekleidet hat.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.7. Trennung von Amt und Mandat

ÄF.7.2. Änderungsantrag zu F.7.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge folgende Änderung in Antrag F.7. beschließen:

Ergänze zu Beginn:

„Hauptamtliche“

Ergänze hinter „Mandatsträger“:

„(also MdL, MdB, MdEP)“

Begründung:

Erneut unterstützen wir das Anliegen des Antrages, aber glauben, dass eine Konkretisierung nötig ist. Wir glauben durchaus, dass eine Ausübung von Parteiämtern durch ehrenamtliche Mandatsträger_innen in kommunalen Gremien in vielen Orts- und Kreisverbänden unumgänglich und sogar wünschenswert ist. Anders verhält es sich, aus in der Antragsbegründung vorgebrachten Argumenten, bei hauptamtlichen Mandatsträger_innen, die wir als solche auch gesondert benennen sollten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.7. Trennung von Amt und Mandat

ÄF.7.3. Änderungsantrag zu F.7.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge folgende Änderung in Antrag F.7. beschließen:

Ergänze vor „dürfen“:

„sowie Ministerpräsident_innen, Minister_innen, Staatssekretär_innen sowie hauptamtliche (Ober-)Bürgermeister_innen“

Begründung:

Die Aufzählung der Personen, die unserer Meinung nach unter die Begründung des Antrags F.7 gehören, hört bei hauptamtlichen Parlamentarier_innen nicht auf. Auch die (Ober-)Bürgermeister_innen in den kreisfreien Städten und Großen Kreisstädten sowie die hauptamlichen Bürgermeister_innen in den Städten und Gemeinden zählen ebenso dazu wie (Achtung: Zukunftsmusik) Ministerpräsident_innen, Minister_innen und Staatssekretär_innen (gar nicht mal so sehr Zukunftsmusik in unserem Landesverband.. ;))

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.7. Trennung von Amt und Mandat

ÄF.7.4. Änderungsantrag zu F.7.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge folgende Änderung in Antrag F.7. beschließen:

Ergänze vor „dürfen“:

Ergänze hinter „Parteiämter“: „(meint: Landesvorsitzende_r sowie Stellvertreter_innen, Landesgeschäftsführer_in, Landesschatzmeister_in, Landesvorstand, Landesrat, Landesschiedskommission, Ombudsperson, Kreisvorsitzende_r, Stadtvorsitzende_r, Ortsvorsitzende_r)“

Begründung:

Auch hier glauben wir, dass der Begriff des Parteiamts einer Konkretisierung bedarf, die wir versuchen mit diesem Änderungsantrag vorzunehmen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

F.9. Bildung einer Kommission für Vorbereitung Strategiekonferenz

ÄF.9.1. Änderungsantrag zu F.9.

Einreicher*in: Steffen Klötzer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es erfolgt eine Ersetzung:

Text alt:
„Der LPT erteilt dem Landesvorstand den Auftrag, umgehend aus fünf Vertreter*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse, fünf Vertreter*innen des Landesrates und zwei Vertreter*innen des Landesvorstandes eine Kommission zu bilden mit dem Auftrag, die Teilnahme von Mitgliedern* des Landesverbandes Sachsen an der Strategie-Konferenz DIE LINKE am 29.02. / 01.03.2020 in Kassel inhaltlich vorzubereiten und zu realisieren. Die Sitzungstermine der Kommission sind parteiöffentlich und entsprechend in der Partei bekannt zu machen.“

Text neu:

„Der Landesvorstand wird beauftragt, sich beim Parteivorstand dafür einzusetzen, dass neben den im Beschluss des Parteivorstandes explizit benannten Einzuladenden möglichst vielen Mitgliedern der Partei ohne Funktion und Mandat die Teilnahme an der Strategiekonferenz 2020 ermöglicht werden kann.“

Begründung:

1. Für die Durchführung der bundesweiten Strategiekonferenz 2020 hat der Parteivor-stand mit Beschluss vom 27. Oktober 2019 einen Finanzrahmen in Höhe von 53.900 Euro zur Verfügung gestellt. Zur Teilnahme an der Konferenz werden laut Beschluss des PV „alle Parteimitglieder eingeladen, insbesondere die Mitglieder des Parteivorstandes, das Präsidium des Bundesausschusses, die Mitglieder von Landesregierungen (mit dem Mandat der LINKEN), die Europa- und Bundestagsabgeordneten, alle Fraktionsvorsitzenden auf Landesebene, alle Landes- und Kreisvorsitzenden und Sprecherinnen und Sprecher von Zusammenschlüssen, Sprecherräte von linksjugend ['solid] und DIE LINKE. SDS, die Sprecherinnen und Sprecher des Ältestenrates, hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie und Landrätinnen und Landräte.“
Es ist unbekannt, wie vielen Genossinnen und Genossen aus Sachsen auf Grundlage dieses Beschlusses die Teilnahme ermöglicht werden kann bzw. wird.

2. Mit dem Ursprungsantrag soll eine Kommission aus insgesamt 12 Menschen einge-setzt werden, welche die Teilnahme sächsischer Genossinnen und Genossen inhaltlich vorbereiten und realisieren soll. Der Landesverband und insbesondere unser Landesparteitag sollte den Mitgliedern unserer Partei, welche an der Strategiekonferenz teilnehmen werden, das Vertrauen entgegenbringen, ihre Meinungen ohne „inhaltliche Vorbereitung“ durch eine Kommission ausdrücken und den Landesverband in seiner Pluralität vertreten zu können.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Foto: Ferran Cornella @ commons.wikimedia.org (CC-BY-SA-4.0)

Dieses Arbeitsheft gehört:

www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeber: Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer
Satz: Robert Wünsche
Redaktionsschluss: 13.11.2019